

Verfassungsschutz in Niedersachsen.

Perspektiven für eine bürgerrechtliche Reform

Ausgangslage¹

Lange bevor in Folge der Aufdeckung der NSU-Terrorserie der Verfassungsschutz bundesweit in die Schlagzeilen kam und eine kontroverse Diskussion über die Zukunft dieser Behörden begann, stand der Verfassungsschutz in Niedersachsen im Zentrum heftiger landespolitischer Kontroversen. Grund dafür waren Aufgaben- und Stellenzuwächse dieser Behörde, die der damalige CDU-Innenminister Uwe Schönemann systematisch für seine politischen Ziele einsetzte und umbaute. So wurden die Personalstellen des Verfassungsschutzes in Niedersachsen allein in den Jahren 2003 bis 2010 um 40 auf dann 267 erhöht, während in nahezu allen anderen Landesbehörden Stellen abgebaut wurden.² In Folge der deutschlandweit einmaligen Zerschlagung der *Landeszentrale für politische Bildung* bekam der Verfassungsschutz als Inlandsnachrichtendienst die Aufgabe der politischen Bildungsarbeit zugewiesen.³ Diese Veränderungen stießen auf massive Kritik der Landtagsopposition aus SPD, Grünen und Linken. Zusätzlich sorgte der Verfassungsschutz auch durch die Art und Weise der Erledigung seiner Hauptaufgaben für Kritik: Er versuchte durch seine Stellungnahmen die Einbürgerung einer prominenten Politikerin der Partei DIE LINKE zu verhindern.⁴ Auch einem bei der *Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend* (SDAJ) aktiven Jugendlichen aus Hannover⁵ und einem regelmä-

- 1 Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass wir als Autoren hier ausschließlich unsere persönliche Meinung wiedergeben.
- 2 Landtag Niedersachsen (2010): «Kontinuierlicher Stellenaufwuchs beim Landesamt für Verfassungsschutz in Niedersachsen – In welchem Verhältnis stehen Kosten und Nutzen?» kleine Anfrage der Abgeordneten Briese, Ralf und Limburg, Helge (GRÜNE) vom 13.07.2010, Drs. 16/2856.
- 3 Quasthoff (2009): Verfassungsschutz macht Schule. In: taz vom 01.09.2009. Im Internet unter: <http://www.taz.de/!39970/>, zuletzt gesehen am 04.06.2013.
- 4 Reinecke (2010): Zu links, um deutsch zu sein. In: taz vom 24.02.2010. Im Internet unter: <http://www.taz.de/!48792/>, zuletzt gesehen am 04.06.2013.
- 5 Reinecke (2012): Auch zu links für einen deutschen Pass. In: taz vom 24.02.2010. Im Internet unter: <http://www.taz.de/Weitere-abgelehnte-Einbuengerung/!48856/>, zuletzt gesehen am 04.06.2013.

figen Moscheebesucher aus Göttingen⁶ sollten nach Auffassung des Verfassungsschutz Niedersachsen die Einbürgerung verweigert werden. Schließlich nahm der VS zahlreiche Gruppierungen des linken Spektrums ins Visier - ohne deren Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung konkret nachweisen zu können. Anti-Atominitiativen, Globalisierungsgegner_innen, diverse Tierschutzaktivist_innen und Hausbesetzer_innen tauchten in den Verfassungsschutzberichten⁷ auf. Geradezu grotesk mutete die Begründung für die Beobachtung der Hausbesetzergruppierung in Hannover an: «Durch die Hausbesetzungen dokumentieren sie die Ablehnung der demokratisch legitimierten Rechtsordnung. Hierin zeigt sich der über die eigentliche Hausbesetzung hinausreichende systemüberwindende Ansatz.»⁸ Nach dieser Logik wäre überspitzt gesagt jede Geschwindigkeitsübertretung im Straßenverkehr potentiell verfassungsfeindlich. Eine der größten Kontroversen löste die Beobachtung zweier Mitglieder der niedersächsischen Grünen, einer von ihnen Landtagskandidat, aus.⁹ Als dies im Sommer 2012 bekannt wurde, folgte heftige Kritik aller Oppositionsparteien. Die Landtagsfraktion der Grünen stellte öffentlich fest, dass die Kriterien, die zur Begründung der Beobachtung genannt worden waren, auf einen Großteil der Mitglieder der *Grünen Jugend* zuträfen.¹⁰

Auch in Folge der Aufdeckung der NSU-Terrorzelle richtete sich die öffentliche Debatte auf die niedersächsische Verfassungsschutzbehörde. So musste deren Leiter erstmals öffentlich Fehler einräumen: Die niedersächsischen Behörden hätten den in Niedersachsen wohnenden Terrorhelfer Holger G. im Jahr 1999 zwar kurzzeitig observiert, aber fälschlicherweise nicht ernst genommen und seine Beobachtung später wieder eingestellt.¹¹

Debatte bei den Grünen

Die interne Debatte der Grünen über die Zukunft der Verfassungsschutzbehörde wurde in Folge der Aufdeckung der NSU-Terrorzelle und der sich anschließenden bundesweiten Debatte verstärkt. Die Forderungen nach einer vollständigen Auflösung des niedersächsischen Verfassungsschutzes setzte sich auf dem Wahlprogrammparteitag zur Landtagswahl gegen die Forderungen nach Stellenkürzungen,

6 Schirrmeister (2010): Landesamt für üble Nachrede. In: taz vom 22.12.2010. Im Internet unter: <http://taz.de/Einbuengerungshindernis/!63291/>, zuletzt gesehen am 04.06.2013.

7 Verfassungsschutz Niedersachsen (2012): Verfassungsschutzbericht 2011, S.180, 188.

8 Morchner (2012): Verfassungsschutz beobachtet Hausbesetzer. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 01.02.2012. Im Internet <http://www.haz.de/Hannover/Aus-den-Stadtteilen/West/Verfassungsschutz-beobachtet-Hausbesetzer>, zuletzt gesehen am 04.06.2013.

9 Doecke (2012): Verfassungsschutz hat Grünen im Visier. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 25.07.2012. zuletzt gesehen am 01.06.2013; siehe auch Tzimurtas, Georgios (2013): Wienken will gegen Datenspeicherung rechtlich vorgehen. In: Oldenburger Volkszeitung vom 25.04.2013.

10 Doecke (2012): Verfassungsschutz hat Grünen im Visier. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 25.07.2012. Im Internet <http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Niedersachsen/Verfassungsschutz-hat-Gruenen-im-Visier>, zuletzt gesehen am 01.06.2013.

11 Schulz (2011): Observation von Holger G.: Niedersachsen räumt Panne bei Terrorfahndung ein. In: Spiegel Online vom 16.11.2011. Im Internet: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/observation-von-holger-g-niedersachsen-raeumt-panne-bei-terrorfahndung-ein-a-798156.html>, zuletzt gesehen am 04.06.2013.

Aufgabenkritik und besseren parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten durch.¹² Ein oft genanntes Argument war, dass die Behörde nicht mehr zu kontrollieren sei und eine Auflösung nötig sei. Nur so wäre ein «Neustart» möglich. Die Landtagsfraktion und die *Landesarbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht* setzten sich im Vorfeld und auf dem Parteitag für eine grundlegende Reform, aber für eine Beibehaltung der Behörde ein. Die Forderung ihrer Abschaffung war eine der beherrschenden Schlagzeilen in der Berichtserstattung über den Grünen Parteitag.¹³ Von den übrigen im Landtag vertretenen Parteien unterstützte nur DIE LINKE diese Forderung.

Koalitionsgespräche

In den Koalitionsverhandlungen mit der SPD, die nach der Landtagswahl am 20. Januar 2013 begannen, konnte sich die weitgehende Forderung nach einer vollständigen Auflösung des Verfassungsschutzes nicht durchsetzen. Für uns Grüne war die Ausgangslage in den Verhandlungen dennoch günstig, denn sie setzte unseren Partner unter Druck. Ein «weiter so» war ausgeschlossen. Die beiden Parteien verständigten sich auch vor diesem Hintergrund auf eine grundlegende Reform. Die Befugnisse sollten auf den Prüfstand gestellt und die parlamentarische Kontrolle deutlich verbessert werden.¹⁴ Dazu wurde vereinbart, eine von beiden Parteien besetzte Kommission zu schaffen, welche die Befugnisse, die Arbeitsweise und die Aufgaben des Verfassungsschutzes sowie die parlamentarische Kontrolle umfassend überprüfen und Vorschläge für Reformen bis 2014 erarbeiten soll. Bereits im Koalitionsvertrag¹⁵ wurden folgende Reformschritte festgehalten:

- Die Bildungsarbeit wird dem Verfassungsschutz wieder entzogen.
- Die Bewertung und Auswertung öffentlicher Quellen wird auf eine unabhängige wissenschaftliche Dokumentationsstelle übertragen.
- Die Befugnisse des *Ausschusses für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* werden gestärkt. Er tagt soweit wie möglich öffentlich und veröffentlicht einen eigenen Verfassungsschutzbericht.
- Die Rahmenbedingungen für den Einsatz von V-Leuten werden künftig in einem Gesetz oder einer öffentlichen Richtlinie transparent geregelt.
- DIE LINKE wird nicht mehr als Gesamtpartei beobachtet.

Auf Bundesebene wird sich Niedersachsen für eine Abschaffung der «Extremismusklausel» sowie für die Abschaffung der Gemeinnützigkeitsprüfung durch den Verfassungsschutz einsetzen.

Nach dem Wechsel

¹² Grüne Niedersachsen (2012): Programm zur Niedersächsischen Landtagswahl 2013, S. 145ff.

¹³ NDR (2012): Grüne wollen Verfassungsschutz abschaffen. Im Internet unter http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/landtagswahl_niedersachsen_2013/gruene303.html, zuletzt gesehen am 04.06.2013.

¹⁴ Berger (2013): SPD und Grüne wollen in Niedersachsen Verfassungsschutz reformieren. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 04.02.2013. Im Internet unter: <http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Themen/Landtagswahl/SPD-und-Gruene-wollen-in-Niedersachsen-Verfassungsschutz-reformieren>, zuletzt gesehen am 04.06.2013.

¹⁵ Vgl. Rot-Grüner Koalitionsvertrag 2013-2018 Niedersachsen: S. 16.

Bereits in den ersten Wochen der rot-grünen Landesregierung zeigten sich deutliche Veränderungen in der Arbeit des niedersächsischen Verfassungsschutzes. Nach außen dokumentiert wurde dies durch den Austausch der Behördenleitung.¹⁶ Die neue Leiterin, Maren Brandenburger, war vorher in der Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes tätig und ist Politologin. Die Veränderungen betrafen aber vor allem die inhaltliche Arbeit: Aufgrund «neuer Erkenntnisse» bzw. einer neuen Bewertung der Sachlage wurde die Beobachtung der Gesamtpartei DIE LINKE eingestellt.¹⁷ Außerdem kündigte Maren Brandenburger an, verstärkt islamfeindliche Gruppierungen zu beobachten. Damit setzte sie auch in wichtiges Signal in Richtung der islamischen Gemeinden. Ihre Bedrohungslage wurde nun endlich ernst genommen.¹⁸

Für das Trennungsgebot – für den Verfassungsschutz!

Ob der von der rot-grünen Koalition in Niedersachsen gewählte Weg der richtige ist, kann sich endgültig erst im Nachhinein zeigen. Die grundsätzliche Überlegung, eine Behörde mit der Sammlung von Informationen über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu beauftragen und mit nachrichtendienstlichen Mitteln auszustatten, halten die Autoren für richtig. Eine Beschränkung auf die reine polizeiliche Gefahrenabwehr ist ebenso wenig ausreichend, wie die zeitweilig diskutierte Eingrenzung der nachrichtendienstlichen Beobachtung auf Bestrebungen mit konkretem Gewaltbezug. Nicht jede Gruppierung, die irgendwann Gewaltakte plant, kündigt diese vorab öffentlich an. Gleichzeitig zeigt die Geschichte, dass politische Gewalt in aller Regel eine ideologische Grundlage hat, die nicht immer von Beginn an mit konkretem Gewaltbezug entwickelt wurden. Anders ausgedrückt: Eine politische oder religiös-fundamentalistische Gruppierung, die sich abgeschottet von der Öffentlichkeit radikalisiert, Gewalt als Konzept befürwortet und schließlich in die konkrete Planung von Gewaltakten übergeht, ist kaum allein mit polizeilichen Mitteln zu stoppen. Der Moment, ab dem die Gefahr für Rechtsgüter konkret genug wäre, um polizeiliches Eingreifen zu rechtfertigen, findet im Verborgenen statt, so dass die Polizei keinerlei Ansatzpunkte für ein Tätigwerden hat.

Eine Übertragung der Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes auf die Polizei halten wir ebenfalls für problematisch, auch wenn es immer wieder Bestrebungen gibt, die nachrichtendienstlichen Kompetenzen der Polizei zu erweitern. Die deutschen Erfahrungen mit Polizei- und Sicherheitsbehörden, die sowohl nachrichtendienstliche als auch polizeiliche Befugnisse in sich vereinten, haben gezeigt, dass eine solche Aufgabenzuweisung eine große Gefahr für die Demokratie sein kann.¹⁹ Die Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten ist kein Garant

¹⁶ NDR (2013a). Verfassungsschutz hat eine Präsidentin. Im Internet unter <http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/verfassungsschutz217.html>, zuletzt gesehen am 04.06.2013.

¹⁷ NDR (2013b). Rechte Szene immer unberechenbarer. Im Internet unter http://www.ndr.de/regional/dossiers/der_norden_schaut_hin/verfassungsschutz227.html, zuletzt gesehen am 04.06.2013.

¹⁸ Bax (2013): Das Problem mit den Muslimhassern. In: taz vom 07.05.2013. Im Internet unter <http://www.taz.de/!115860/>, zuletzt gesehen am 04.06.2013.

¹⁹ Siehe auch Klee (2010): Neue Instrumente der Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten. S. 91.

dafür, dass geheimdienstliche Mittel gezielter, sicherer und effizienter eingesetzt werden, aber es erschwert eine inflationäre Nutzung und Sammlung nachrichtendienstlicher Daten und Informationen.²⁰ Außerdem erschwert das Trennungsgebot, dass Fehler und Fehleinschätzungen der Nachrichten sammelnden Behörde direkte fatale Folgen in Form exekutiver Maßnahmen haben. Anders ausgedrückt: Wer fälschlich in die Datenbestände des Verfassungsschutzes und in den Verdacht gerät, Verfassungsfeind zu sein, hat mit der im Zweifel auch öffentlichen Stigmatisierung zu kämpfen. Weitaus schlimmer wäre es jedoch, wenn dieselbe Behörde ihn gleichzeitig auch zum Beispiel festnehmen und damit in seiner persönlichen Freiheit einschränken könnte.²¹ Die Trennung von Datenbeständen, unterschiedliche Aufgabenprofile und Kompetenzen sowie getrennte Kontrollorgane in Verbindung mit einem gezielten Austausch von Ermittlungsergebnissen und Informationen ist das Modell, das bisher eine «Geheimpolizei» verhindert hat. Daher muss auch zukünftig eine Struktur geschaffen werden, die Auswüchse der Nutzung von geheimdienstlichen Mitteln verhindert, eine demokratisch legitimierte Kontrolle sicherstellt und dabei aber gleichzeitig das effektive Handeln einer von der Polizei unabhängig arbeitenden Behörde zum Schutz der Verfassung vor verfassungsfeindlichen Bestrebungen zulässt.

20 Siehe auch Bundesverfassungsgericht (2013): 1 BvR 1215/07 vom 24.02.2013, Rn 122f.

21 Siehe auch Lang (2011): Das Antiterrordateigesetz. S.109f.

Literatur

- Bax, Daniel (2013): Das Problem mit den Muslimhassern. In: taz vom 07.05.2013.
- Berger, Michael (2013): SPD und Grüne wollen in Niedersachsen Verfassungsschutz reformieren. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 04.02.2013.
- Bundesverfassungsgericht (2013): 1 BvR 1215/07 vom 24.02.2013. Karlsruhe.
- Doeleke, Karl (2012): Verfassungsschutz hat Grünen im Visier. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 25.07.2012.
- Grüne Niedersachsen (2012): Programm zur Niedersächsischen Landtagswahl 2013. Hannover.
- Grüne Niedersachsen (2013): Rot-Grüner Koalitionsvertrag 2013-2018 Niedersachsen. Hannover.
- Klee, Reinhard (2010): Neue Instrumente der Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten, Baden-Baden.
- Landtag Niedersachsen (2010): «Kontinuierlicher Stellenaufwuchs beim Landesamt für Verfassungsschutz in Niedersachsen – In welchem Verhältnis stehen Kosten und Nutzen?». Hannover (kleine Anfrage der Abgeordneten Briese, Ralf und Limburg, Helge (GRÜNE) vom 13.07.2010, Drs. 16/2856).
- Lang, Kathrin Luise (2011): Das Antiterrordateigesetz, Frankfurt a.M./Berlin.
- Morchner, Tobias (2012): Verfassungsschutz beobachtet Hausbesetzer. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 01.02.2012.
- NDR (2012a): Grüne wollen Verfassungsschutz abschaffen. Im Internet unter: http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/landtagswahl_niedersachsen_2013/gruene303.html, zuletzt gesehen am 04.06.2013.
- NDR (2013b). Verfassungsschutz hat eine Präsidentin. Im Internet unter: <http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/verfassungsschutz217.html>, zuletzt gesehen am 04.06.2013.
- NDR (2013). Rechte Szene immer unberechenbarer. Im Internet unter http://www.ndr.de/regional/dossiers/der_norden_schaut_hin/verfassungsschutz227.html, zuletzt gesehen am 04.06.2013.
- Reinecke, Stefan (2010): Zu links, um deutsch zu sein. In: taz vom 24.02.2010.
- Reinecke, Stefan (2012): Auch zu links für einen deutschen Pass. In: taz vom 24.02.2010.
- Schirrmeister, Benno (2010): Landesamt für üble Nachrede. In: taz vom 22.12.2010.
- Schulz, Benjamin (2011): Observation von Holger G.: Niedersachsen räumt Panne bei Terrorfahndung ein. In: Spiegel Online vom 16.11.2011. <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/observation-von-holger-g-niedersachsen-raeumt-panne-bei-terrorfahndung-ein-a-798156.html>, zuletzt gesehen am 04.06.2013.
- Tzimurtas, Georgios (2013): Wienken will gegen Datenspeicherung rechtlich vorgehen. In: Oldenburger Volkszeitung vom 25.04.2013.
- Verfassungsschutz Niedersachsen (2012): Verfassungsschutzbericht 2011, Hannover.
- Quasthoff, Michael (2009): Verfassungsschutz macht Schule. In: taz vom 01.09.2009.